

Per E-Mail: vernehmlassungen@estv.admin.ch

10. Mai 2012

**Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 09.503:  
„Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen“**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Februar 2012 haben Sie uns eingeladen, zur parlamentarischen Initiative für eine schrittweise Abschaffung der Stempelsteuer Stellung zu nehmen. Für die Gelegenheit der Stellungnahme bedanken wir uns.

Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein altes Anliegen der Wirtschaft. So forderte der damalige Vort im „Steuerkonzept für die Schweiz“ bereits 2000 den Abbau schädlicher Transaktionssteuern und namentlich die Aufhebung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Das Anliegen wurde 2005 im Bericht „Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik“ wiederholt. Wir verweisen auch auf die Motion Bührer „Beseitigung der Emissionsabgabe“ auf Eigenkapital (04.3736), die von beiden Räten überwiesen wurde. Auch der Bundesrat hat die Abschaffung der Emissionsabgabe in einer nächsten Unternehmenssteuerreform bereits ins Auge gefasst.

Die Emissionsabgabe auf Eigenkapital hat unvorteilhafte Auswirkungen auf die Finanzierung der Unternehmen und wirkt sich schädlich auf den Standort Schweiz aus. Nicht nur verteuert die Abgabe die Aufnahme von Eigenkapital, sie wirkt sich gleichzeitig auch erschwerend bei der Gründung von Unternehmen aus. Damit ist die Emissionsabgabe auf Eigenkapital volkswirtschaftlich schädlich.

In 20 von 27 EU-Ländern, u.a. in Deutschland, Grossbritannien und Luxemburg, wurde die Emissionsabgabe auf Eigenkapital bereits abgeschafft. Die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital ist auch in der Schweiz nötig, um die bestehenden Standortnachteile zu beseitigen. Nach Abschaffung der Abgabe würden Unternehmensgründer, die Arbeitsplätze schaffen, für ihren Einsatz nicht mehr wie bis anhin mit einer Steuer bestraft. Die Verringerung der Kapitalkosten für Neugründungen und Kapitalaufnahmen würde zudem den Zuzug ausländischer Unternehmen fördern. Insbesondere würde der Anreiz für den Zuzug kotierter Unternehmen gefördert, die typischerweise einen hohen Eigenkapitalanteil aufweisen. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe gehen daher Neugründungen, ein Zuzug von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen einher. Mit den Verbesserungen der Bedin-

gungen zur Kapitalaufnahme würde auch der Börsenplatz Schweiz gestärkt. Dies wiederum verbessert die Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Wachstumsgesellschaften in der Schweiz.

Diese positiven Effekte der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital würden anfängliche Mindereinnahmen mehr als aufwiegen. Den Minderheitsantrag (Leutenegger Oberholzer) lehnt economiesuisse deshalb ab.

Weil Substanz- und Transaktionssteuern für den Wirtschaftsstandort und die Volkswirtschaft schädlich sind, muss das Fernziel in der Abschaffung sämtlicher solcher Steuern liegen. BAKBASEL kommt in einer Studie von 2009 zum Schluss, dass die Abschaffung der Stempelabgabe die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz verbessern sowie dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken würde. Die notwendigen Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel sind – insbesondere vor dem Hintergrund der zahlreichen Herausforderungen, mit denen sich unser Finanzplatz konfrontiert sieht – sukzessive einzuleiten und umzusetzen.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie unseren Anliegen entgegenbringen. Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
economiesuisse

Urs Furrer  
Mitglied der Geschäftsleitung

Dr. Frank Marty  
Stv. Bereichsleiter Finanz- und Steuerpolitik